

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016
25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Antrags-Nr.: 1.1-19

Thema: Resolution: Kernforderungen der AWO zur Bundestagswahl 2017

Im September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt und er steht vor großen Herausforderungen. Einerseits sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gut wie seit langem nicht mehr: Deutschland verzeichnet ein robustes Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt ist äußerst solide, die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern haben historische Höchststände erreicht. Infolge konnten in den vergangenen vier Jahren zahlreiche Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht werden.

Andererseits profitieren viele Menschen nicht von diesen positiven Entwicklungen. Während hohe Einkommen und Vermögen gestiegen sind, bleiben kleine und mittlere Einkommen zurück. So besitzen die oberen 10 Prozent der Haushalte in Deutschland fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens. Dagegen verfügt die untere Hälfte der Haushalte nur über rund ein Prozent. Auch die Einkommensschere klappt immer weiter auseinander. Während die Einkommen der oberen 10 Prozent zwischen 2000 und 2012 um mehr als 15 Prozent gestiegen sind, bleiben sie in den mittleren Einkommensgruppen nahezu unverändert. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, die neue Verteilungsfragen aufwerfen: So wird der demografische Wandel die Sozialwirtschaft in doppelter Hinsicht fordern. Zum einen im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen für ältere Menschen und zum anderen im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der in vielen Einrichtungen und Diensten schon heute spürbar ist. Gleichzeitig schotten sich Deutschland und Europa immer weiter ab, die Angst vor Geflüchteten nimmt zu und die Notwendigkeit, mehr Verantwortung zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Vertreibung zu übernehmen, steigt täglich.

Die wachsende soziale Ungleichheit bedeutet nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Studien belegen vielmehr, dass auch immer Menschen die soziale Ungleichheit mittlerweile für zu groß halten. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen der Menschen, dass unsere sozialen Sicherungssysteme mehr Gleichheit in der Gesellschaft herstellen können. Die zunehmende Ungleichheit untergräbt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und entlädt sich in einem Zulauf zu politischen Extremen. Angesichts dieser Entwicklungen wird es Aufgabe der Politik in der kommenden Wahlperiode sein, das verloren gegangene Vertrauen der Menschen in den demokratischen und sozialen Rechtsstaat wieder zurückzugewinnen. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO von den Kandidat*innen für den 19. Deutschen Bundestag, sich für eine Politik einzusetzen, die den folgenden fünf Kernforderungen gerecht wird:

1. Mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen!

Armut und soziale Ausgrenzung müssen in allen Lebenslagen konsequenter bekämpft werden. Dies erfordert einen weiteren Ausbau des Sozialstaates, insbesondere realitätsgerechte Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016

25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

sowie ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig bedarf es einer umfassenden Reform der familienpolitischen Leistungen, die eine konsistente, gerechte und transparente Förderung der Familien sicherstellt. Der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich muss durch eine höhere Besteuerung von Reichtum und Vermögen begegnet werden. Darüber hinaus braucht es eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und eine Finanztransaktionssteuer.

2. Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken!

Alle Menschen in unserer Gesellschaft müssen gleiche Rechte und gleiche Chancen haben. Dies erfordert vor allem eine konsequentere Gleichstellung von Frauen und Männern, mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, eine entschiedene Bekämpfung jeglicher Diskriminierung und ein Eintreten für eine moderne Vielfaltspolitik. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessert werden. Denn ein breites bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck eines starken Zusammenhalts in der Gesellschaft.

3. Geflüchteten eine Perspektive geben!

Das Recht auf Asyl gehört zu den unverrückbaren Grund- und Menschenrechten, zu dessen Achtung Deutschland national und international verpflichtet ist und das daher nicht weiter ausgehöhlt werden darf. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, müssen hier einen umfassenden Schutz und eine Perspektive für ein friedliches und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft erhalten. Hierzu gehört auch, allen anerkannten Geflüchteten ein gleiches Recht auf Familienzusammenführung zu gewähren. Schließlich muss neben dem Asylrecht und dem Integrationsrecht ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz geschaffen werden, das über die reine Fachkräftesicherung hinausgeht und die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben aller in unserer Gesellschaft regelt.

4. Soziale Sicherheit gewährleisten!

Die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit muss auch in Zukunft zentrale Aufgabe der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sein. Hierzu bedarf es starker sozialer Sicherungssysteme, die über die Absicherung eines menschenwürdigen Daseins hinaus eine selbstbestimmte Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Wechselfällen des Lebens garantieren, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsminderung, Pflege und im Alter. Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen muss als Fundament der Sozialversicherung wiederhergestellt werden. Zugleich muss die Solidarität in unseren sozialen Sicherungssystemen gestärkt werden. Dies erfordert, dass alle Bürger*innen in die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung einbezogen werden.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016 25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Ebenso muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, die den Lebensstandard nach einem erfüllten Erwerbsleben wieder absichert und damit auch vor Altersarmut schützt.

5. In soziale Infrastruktur investieren!

Soziale Sicherheit in einer verunsicherten und älter werdenden Gesellschaft braucht einmal mehr eine funktionierende soziale Infrastruktur im Quartier, von Kindertagesstätten, über Beratungseinrichtungen bis hin zu Seniorenzentren. Damit dies gelingt, bedarf es verstärkter Investitionen in die soziale Infrastruktur, deren Entwicklung darf nicht sich selbst oder dem gewinnorientierten Wettbewerb überlassen werden.